

A N F R A G E von Anita Simioni-Dahm (FDP, Andelfingen) und Dr. Dieter Kläy (FDP, Winterthur)

betreffend Notmassnahmen in der Lehrstellenfrage

Viele Jugendliche verfügen fünf Monate vor Ausbildungsbeginn über keinen Lehrvertrag. Wir fragen den Regierungsrat an, ob nicht ausserordentliche Massnahmen effizient und befristet zur Linderung der Notsituation ergriffen werden könnten.

1. Gibt es eine Möglichkeit, die Lehrbetriebe zu motivieren, ausnahmsweise zwei Jugendliche für einen Lehrplatz «Splitting» einzustellen? Vor allem für Lernende auf dem Weg zur Berufsmatur, die nur drei Tage im Lehrbetrieb weilen, wäre dies eine geeignete Lösung. Als Vorteil wäre im Lehrbetrieb immer ein Lernender bzw. eine Lernende anwesend, während der oder die andere die Berufsschule besucht.
2. Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, Lehrbetriebe zu motivieren, vermehrt Lehrstellenverbände (ein Lehrling, mehrere Lehrbetriebe) einzugehen? Wie könnte dieses Modell vorübergehend begünstigt werden? Lehrstellenverbände sind vor allem für kleine Betriebe, die sich allein keinen Lehrling leisten können, von Vorteil.
3. Könnte sich der Regierungsrat vorstellen, das Projekt «Patenschafts-Pool» anzustossen? Vertreter aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik würden sich bei der Lehrstellensuche einer Schulabgängerin oder einem Schulabgänger als Patin oder Pate zur Verfügung stellen.
4. Wie kann der Regierungsrat Betriebe von zeitraubenden Regelungen entlasten? Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, schnell und unbürokratisch Auflagen für die Lehrbetriebe abzubauen, damit die Einstellung von Lernenden wieder interessanter wäre? Hat der Regierungsrat geprüft, den Betrieben zu empfehlen, die Ausgaben für Lehrmittel und Gebühren der Familie der Auszubildenden anzulasten?
5. Hat die von der FDP angestossene Submissionsverordnung, Betriebe mit Lernenden bei der Vergabe höher zu gewichten, schon Wirkung gezeigt? Wie kann dies überprüft werden?
6. Viele ‚Lehrmeister‘ fürchten die erzieherischen Nachholhandlungen und die fehlenden schulischen Fähigkeiten. Könnte sich der Regierungsrat vorstellen, interessierte, eventuell auch pensionierte Pädagoginnen und Pädagogen und Persönlichkeiten anzuschreiben, um die bzw. den Lernende(n) während einer zu definierenden Probezeit zu begleiten?
7. Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, für höchstens drei Jahre befristet, leer stehende Fabrikhallen für eine Attestausbildung zu nutzen? Traut sich der Regierungsrat zu, für das Inventar (Arbeiten mit Holz, Metall und Textil und nötiges Schulmaterial) Sponsoren zu finden? Bei einem erhofften Konjunkturaufschwung wären dadurch für einfache Arbeiten ausgebildete Jugendliche mit Tagesstruktur verfügbar.

Anita Simioni-Dahm
Dr. Dieter Kläy